

Personalmangel im Krankenhaus und der Pflege gefährdet Ihre Gesundheit!

Kürzen und Einsparen ist die Devise der Länder und Kommunen. Personal in öffentlichen Einrichtungen wird eingespart auf Kosten derjenigen, die auf gute Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege angewiesen sind. Und auf Kosten der Beschäftigten, die doppelt und dreifach arbeiten müssen. Auf der einen Seite erhöht sich der Druck auf die Beschäftigten, die in Dauerstress versinken. Auf der anderen Seite fehlen die Fachkräfte. Viele gut qualifizierte Leute finden keine Arbeit oder werden in unfreiwillige Teilzeit oder Minijobs gepresst – prekäre Beschäftigung und Geldsorgen führen zu Existenzängsten.

In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wird die Versorgung heikel. Infektionen nehmen zu, weil die Zeit für Reinigung und Händewaschen zu knapp wird. Der Personalmangel ist akut und lebensgefährlich. Wo Krankenpfleger und Ärztinnen zu wenig Zeit haben, überarbeitet und erschöpft sind, können leicht Fehler passieren, auch wenn die Beschäftigten ihr Bestes geben.

Auch an Kitas und Schulen herrscht Notstand. Die Erzieherinnen und Er-

zieher und Lehrerinnen und Lehrer sind erschöpft und haben kaum noch Zeit für das einzelne Kind. Besonders sozial benachteiligten Kindern werden so Chancen verbaut. Die Hochschulen müssen immer mehr Bewerber aufnehmen – dennoch wird gekürzt. Institute müssen schließen, weil angeblich kein Geld mehr da ist. Hochschullehrer werden entlassen, handeln sich von Befristung zu Befristung oder müssen ohne Bezahlung lehren. Es leidet die Familienplanung und die Lehre, für die kaum noch Zeit bleibt.

Begründet werden die Personalkürzungen mit den angeblich leeren öffentlichen Kassen. Doch das ist ein Märchen. Geld verschwindet nicht – es wechselt nur die Besitzer. Die Reichen und Konzerne wurden in den letzten Jahren systematisch durch sinkende Steuern entlastet. Das Geld fehlt nun in den öffentlichen Haushalten, die auf Kosten der Allgemeinheit zusammengekürzt werden. Die selbst verordnete Schuldenbremse, die die Kommunen dazu verdonnert, keine neuen Schulden aufzunehmen, verschärft die Misere.

Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!



Gute Bildung und Gesundheit sind das Rückgrat einer sozialen und demokratischen Gesellschaft. Wir wollen gemeinsam Druck machen für:

- Mehr Personal damit gute Versorgung in Kitas, Schulen und Krankenhäusern gesichert werden kann.
- Gesundheit und Bildung sind keine Waren. Privatisierung stoppen.
- Die Schuldenbremse muss abgeschafft werden – wir brauchen Investitionen in gute Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege!
- Reiche müssen durch die Einführung einer Erbschaftssteuer und Millionärssteuer zur Verantwortung gezogen werden.
- Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige hilft den Betroffenen, ihren Familien und den Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung. Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit. Das muss drin sein.

aus dem	Schulbus für Plauener Schüler	S. 2
Inhalt:	Bericht vom Sozialforum Göltzschtal.....	S. 4
	Wahlkampfhilfe West.....	S. 5
	Nie wieder Faschismus.....	S. 6

DIE LINKE.

OV TREUEN-LENGENFELD WÄHLTE NEUEN VORSTAND

Freitag abends – erst ab 18.30Uhr – das geht doch!

In einer mit 19 Teilnehmern recht gut besuchten Veranstaltung erfolgte in Treuen die Wahl des Ortsvorstandes. Wie immer öffentlich und in der Presse angekündigt, war diesmal sogar eine Pressevertreterin anwesend. Ihr sachlicher Bericht erschien kurz danach in der Auerbacher "Freien Presse". Die Zusammenkunft war durch eine lebhaft Diskussions zu aktuellen Fragen geprägt. Der 4-seitige Rechenschaftsbericht für die Jahre 2014 und 2015 konnte unter anderem vier Neueintritte nennen. Es gab aber auch drei Sterbefälle. So gehören derzeit 31 Mitglieder zum Ortsverband. Einige Fakten aus dem Bericht: In jedem Jahr fanden jeweils 6 Mitgliederversammlungen statt. Sie wurden jeweils von 15- 20 Teilnehmern besucht. Themen waren neben Kommunalpolitik und Berichten der Abgeordneten, das Weltgeschehen wie Griechenland, Ukraine, Asylpolitik, TTIP/CETA aber auch die Wahlkämpfe für Kreistag/Landtag und Landrat und der Umgang mit dem „Kampfbegriff Unrechtsstaat“.

Als besonders gelungen wurden das Bildungsforum vor der Landtagswahl im Lengenger Hof, (08/14), die Würdigung des 10. Jahrestages des Denkmals für die jüdischen Frauen in Weißensand (05/15) und die Veranstaltung in Treuen zu den Ursachen der Flüchtlingsbewegungen (09/15) genannt. Dafür sagen wir dem Gen. Jacob und seinen Mitstreitern aus Lengengerfeld danke, aber auch den Genossen des Kreisverbandes, die daran teilnahmen.

Besonders wurde die Zusammenarbeit des Kreis- und Ortsverbandes, des Aktionsbündnisses „Vogtland gegen Rechts“, von VER.DI und der evang.-

lutherischen Kirche bei der gemeinsamen Gegenkundgebung im Oktober gegen die von der NPD vor dem Treuener Rathaus durchgeführte Hetzveranstaltung gegen die Flüchtlinge gewürdigt. In der Folge gelang es unserem Fraktionsvorsitzenden Jürgen Jahn sogar, mit Vertretern der CDU, der SPD und Teilen der Freien Wählern und eben der Kirchen ein Netzwerk zur Unterstützung der Flüchtlinge in Treuen aufzubauen. Dass sich vier der syrischen Flüchtlinge am 27. Januar dem Gedenken an die Opfer des Faschismus anschlossen, wurde besonders gewürdigt. Sehr gut besucht war die Vorführung und Diskussion des Filmes „Wer rettet Wen“. Unsere Mitgliederversammlung beschäftigten sich wiederholt mit Anträgen und Vorschlägen unseres Ortsverbandes. Im Bericht wurde gewürdigt, dass wir regelmäßig je 100 Haushalte mit dem Vogtlandboten und der CLARA sowie 150 mit der Klar versorgen und kurzfristig 3.000 Flyer zur Asylpolitik verteilten. Mit einem bescheidenen Blümchen wurden die fleißigen Zeitungsverteiler geehrt. Neben Direktspenden konnten wir aber auch für 2015 insgesamt 772 Euro Bar-Spenden abrechnen und unseren Finanzplan einhalten. Schließlich stimmten die Mitglieder einem künftigen Zusammenschluss mit Genossen aus der Gemeinde Pöhl zu. Unser Ortsvorstand besteht nun aus 4 Frauen und 2 Männern.

Maria Jeschke, Maria Reinhart, Renate Jattke, Sandra Steiner, Hermann Seidel (Stellvertreter), Peter Jattke (Vorsitzender)

Peter Jattke



WIE VIEL SIND UNS UNSERE KINDER WERT?

Es stellt sich mal wieder in Plauen die Frage, wie viel sind uns unsere Kinder wert? Zur Stadtratssitzung am Dienstag, den 02.02.2016, war die Beförderung der Grundschülerinnen und Grundschüler von der Astrid-Lindgren-Schule zur Allende-Schule während der Baumaßnahmen Thema in der Einwohnerfragestunde. Auf Anfragen der Eltern stellte der Sozialbürgermeister, Steffen Zenner, die Lösung der Stadtverwaltung vor. Nach den Winterferien sollen die Kinder durch eine pädagogische Fachkraft aus dem Hort und ehrenamtlichen Helfern von den Haltestellen Bickelstraße und Knielohstraße mittels Straßenbahn zur Schule begleitet und nachmittags wieder an diesen 2 Haltepunkten abgeliefert werden.

Dazu erklären Stadtrat André Hegel und Stadträtin Petra Rank: "Dies ist aus unserer Sicht ein Schnellschuss der Verwaltung. Die Verantwortlichen haben an diesem Punkt einfach zu spät gehandelt. Durch die Baumaßnahmen ist eine wohnortnahe Beschulung der Grundschülerinnen und Grundschüler der Astrid-Lindgren-Schule nicht mehr gegeben. Die Ausweichschule befindet sich am anderen Ende der Stadt. Um zu den von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Haltestellen zu gelangen, ist es für die 6 bis 10-jährigen nötig, zum Teil stark befahrene Straßen zu queren. Dies stellt für uns ein zu hohes Risiko dar und ist nicht akzeptabel.

Nun wird versucht durch kurzfristige Maßnahmen, wie der Einsatz von zwei Hortnerinnen und ehrenamtlichen Helfern Lösungen zu schaffen, die aber noch viele Fragen offen lassen. Hier ist die Verwaltung in der Verantwortung, einen sicheren Schulweg mit dem Unterrichtsbeginn nach den Winterferien für alle betroffenen Schüler zu gewährleisten.

Die sicherste Lösung wäre unserer Meinung nach, der Einsatz eines Schulbusses zwischen den beiden Schulstandorten."

KREATIVE IDEEN STATT SÄBEL RASSELN!

Die Entscheidung des Plauener Stadtrates, den Tarifabschluss in der Straßenbahn zu zustimmen ist begrüßenswert! Endlich haben die Beschäftigten wieder einen Zeitpunkt vor Augen, an dem sie das Geld bekommen, was sie auch verdienen!

Jedoch muss man mit Bedauern feststellen, dass sowohl die Geschäftsführung als auch die Mehrheit der Plauener CDU-Fraktion versuchen die Fahrgäste gegen die Beschäftigten auszuspielen. Bereits während der Entscheidung des Stadtrates erneuerte die PSB-Chefin Zeuner ihr Horrorszenario, dass die Straßenbahn durch den Beschluss in die Insolvenz getrieben wird und man die Taktzeiten und Fahrpreise erhöhen müsse. Wenig später blies die

CDU-Fraktion im Stadtrat in das gleiche Horn.

Anstatt drohend mit den Säbeln zu rasseln und die Insolvenz quasi herbei zu reden, ja sogar mit der Verschlechterung des Services herbei zu führen, sollte man sich kreativen Ideen zuwenden und damit das Angebot der Straßenbahn verbessern. Bereits jetzt ist es für eine kleine Gruppe von fünf Personen günstiger und bald auch bequemer die Entfernung von drei Stationen mit in einem Auto zu fahren als mit der Straßenbahn. Also: Warum gibt es keine Gruppen- oder Familienkarte? Weshalb gibt es nicht schon längst Kurzstrecken-/Kurzzettickets?

Und aus welchem Grund baut man das Park-and-Ride-Konzept nicht weiter aus, sondern belässt es bei den wenigen Gebieten um die Bahnhofstraße? Bei längerem Nachdenken fallen einem ganz schnell weitere Möglichkeiten ein, die Fahrten mit der Straßenbahn attraktiver zu gestalten.

Leider scheint man sich diese Minuten bei der Geschäftsleitung nicht nehmen zu wollen. Oder ist man schon so lange im Geschäft, dass man sich nur noch auf „ausgelatschten Wegen“ bewegen will? Dieses Denken muss schnellstmöglich durchbrochen werden um die Straßenbahn auf Kurs zu halten!

Lars Legath



VORSITZENDE DER ORTSVERBÄNDE BERATEN MIT KREISVORSTAND

Regelmäßig finden Treffen der Ortsvorsitzenden mit dem Kreisvorstand statt. Ende Januar war es wieder soweit.

Ziel war es, sich über die Arbeit der Ortsverbände auszutauschen und über die aktuellen Themen vor Ort zu sprechen. Einzelne erfolgreiche Veranstaltungen, die Mitgliederentwicklung, sowie die Asylproblematik vor Ort waren der Inhalt der Berichte aus den Ortsverbänden.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Strukturdebatte. Hier wurde über

geforderte oder anstehende Veränderungen bei der Aufteilung unseres Kreisverbandes gesprochen. Die vorgeschlagenen bzw. gewünschten Veränderungen wurden im Konsens festgehalten und werden zum nächsten Kreisparteitag nochmal debattiert und beschlossen werden.

Auch der vergangene und die zukünftigen Kreisparteitage waren Thema des Treffens. Die Mehrheit der anwesenden Genossinnen und Genossen bewerteten die inhaltliche Ausgestaltung der Kreisparteitage als positiv für die Parteilarbeit. Auch wurde festgestellt,

dass es gut war ein „richtiges“ Antragsverfahren durchzuführen. Leider hatte nur ein Ortsverband zum letzten Kreisparteitag Anträge eingereicht. Die Möglichkeit der Antragsstellung wollen die Ortsverbände jedoch noch stärker nutzen. Der Kreisvorstand begrüßte das ausdrücklich.

Abschließend sprach die Versammlung über die bevorstehende Bundestagswahl 2017.

Jan Windisch

ARBEITSLOSENGELD II ODER WOHNINGELD?

Aus der Veranstaltung des Sozialforums Göltzschtal am 8. Februar 2016

Am 1.1.2016 erfolgte eine Novellierung des Wohngeldgesetzes. Insgesamt bedeutet die Reform für viele Bezieher dieser Leistung, die als Mietzuschuss oder bei Eigentum als Lastenzuschuss gezahlt wird, eine enorme Verbesserung. Nach einer Prognose der Bundesregierung sollen von diesen Änderungen mehr als 866.000 Haushalte in Deutschland profitieren. Für den öffentlichen Haushalt bedeutet das lt. einer Studie des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung eine Mehrausgabe von nahezu 770 Millionen Euro pro Jahr.

Für die Berechnung von Wohngeld werden die Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, die zu berücksichtigende Miete oder Belastung und das Gesamteinkommen der den Wohnraum gemeinsam Bewohnenden herangezogen.

- Unter anderem nimmt die Neuerung auf folgende Faktoren Einfluss:
- Werte für die zuschussfähige Bruttomiete (Erhöhung),
- Mietstufen,
- Ausdehnung von Wirtschaftsgemeinschaften auf Wohngemeinschaften,
- Berücksichtigung von Kindern bei getrennt lebenden Eltern,
- Freibeträge (Erhöhung) und
- zu berücksichtigende Mietbestandteile.

Die Zugehörigkeit einer Gemeinde zu einer Mietstufe (I bis VI) richtet sich nach dem Mietniveau. Die anerkannten Höchstbeträge für die Miete wurden für die einzelnen Mietstufen ausnahmslos erhöht. Für einen Ein-Personenhaushalt in Stufe I (meist im ländlichen Raum) ergibt sich z.B. eine Verbesserung von 292 € auf 312 €,

somit um 20 €. Wohngeldbezieher der höheren Mietstufe III können sich sogar über einen Höchstbetrag von 390 € freuen. Dieser Stufe werden 60 € mehr zugestanden als vor der Reform. Allerdings ist zu bemerken, dass viele Städte und Gemeinden herabgestuft wurden, so dass bei einem Wechsel von III auf I im Beispiel des Ein-Personenhaushaltes der Höchstbetrag um 2 € gefallen sein wird. Im Bereich des Sozialforums Göltzschtal gilt die Miethöchststufe I.

Wohngeld ist eine vorrangige Leistung. Das heißt, wer in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt und den der Mitglieder seiner Bedarfsgemeinschaft durch Einkommen und Wohngeld und ggf. zusätzlich durch Kinderzuschlag zu bestreiten, hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II.

Wer Wohngeld erhält, ist von den durch das Jobcenters auferlegten Pflichten entbunden. So entfallen die Vorlage regelmäßiger Bewerbungen, die Einhaltung von Terminen beim Jobcenter und das Einholen der Erlaubnis zum Verlassen des Wohnortsbereiches.

Allerdings bietet das Jobcenter dann keine Vermittlung in Arbeit, keine Beschäftigung, keine Weiterbildung und keine Trainingsmaßnahme mehr an. Bei Erhalt von Wohngeld wird im Regelfall die Zahlung der Krankenversicherung nicht übernommen und die Befreiung von Zahlungen an die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) entfällt ebenfalls.

Wer ist außer ALG II-Beziehern noch vom Wohngeld ausgeschlossen? Das sind Studenten und Auszubildende, die dem Grunde nach Anspruch auf

BAföG oder Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) nach dem Sozialgesetzbuch III haben. Ausgeschlossen sind auch diejenigen, denen auf Grund einer Sanktion vorübergehend kein ALG II gezahlt wird.

An der Erneuerung des Wohngeldgesetzes ist zu kritisieren, dass Heizkosten nach wie vor nicht berücksichtigt werden.

Als problematisch dürfte sich nach Auffassung des Sozialforums Göltzschtal die Ausweitung des Begriffes der „weiteren Mitbewohner“ über die Wirtschaftsgemeinschaft hinaus auf die gesamte Wohngemeinschaft erweisen. So wurden vor dem 1. Januar 2016 nur die Einkommen derer herangezogen, die gemeinsam wirtschafteten. Neu ist nun, dass das Bewohnen gemeinsamen Wohnraumes ausreicht, um füreinander einzustehen. Bei Mitbewohnern in Wohngemeinschaften (WG) könnte dies zum Ausschluss trotz eigentlicher Berechtigung auf Wohngeld führen.

Kathrin Kosche



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
17. März 2016

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de



SOZIAL MUSS DRIN SEIN

Am Montag, den 15.02. machten sich vier Vogtländer auf den weiten Weg nach Trier in Rheinland-Pfalz. Wie auch in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt finden am 13.03. dort Landtagswahlen statt. Als Dank für die Hilfe zu unserer Wahl in Sachsen 2014, halfen wir jetzt den Genossinnen und Genossen aus dem Westen.

Nach rund 600 Kilometern war die Linksjugendreisegruppe in der ältesten Stadt Deutschlands angekommen. Hier wartete gleich die erste Aufgabe für uns. Die bekannte Arbeit der Plakate ab- und wieder auf zu ziehen stand vor uns. Am Tag darauf freuten sich Briefkästen in Bitburg auf Zeitungen, Wahlprogramme und Postkarten. In mehreren BürgerInnengesprächen wurde nicht nur über politische Situationen im Land, sondern auch über die Mentalität der Einwohner gesprochen. Eines der Highlights unserer Reise war dann am Mittwoch die Veranstaltung von Gregor Gysi in Bernkastel-Kues. Am Vormittag haben wir noch Werbung bei den Bürgerinnen und Bürgern für dieses Ereignis gemacht und nach einem kurzen Stadtbummel stand die Vorbereitung des Veranstaltungsortes auf der Agenda. Hier wie auch die ganze Woche kam es zum Erfahrungsaustausch unter den Ost- und Westgenossen über politische Strukturen, Ähnlichkeiten und Unterschiede in der politische Arbeit. Am Abend waren dann 150 bis 200 Interessierte gekommen, um die Vorstellung der Kandidaten und Gregor zu hören. Das

war für einen kleinen Kreisverband in Rheinland-Pfalz ein riesen Erfolg. Am Donnerstag freuten wir uns alle auf das Plakatieren in Trier. In Zweiergruppen zogen wir los. Die Tour mit dem Bollerwagen erfreute die Innenstadt mit schönen LINKEN-Plakaten und die Autotour die Ortsteile. Am Abend zog dann auch die Spitzenkandidatin Dr. Katrin Mess nochmal los um die großen Straßen mit Plakaten zu gestalten. Abschluss war dann am Freitag das Tüten packen für den 48-Stundenwahlkampf.

Man merkt schon, dass es im Westen etwas anderes ist, sich für DIE LINKE zu engagieren, als im Osten. Auf der einen Seite Volkspartei mit vielen Genossen, auf der anderen Seite Klein-

partei mit wenigen Mitgliedern. Aber mir hat der Zusammenhalt untereinander sehr gefallen. Hier muss jeder mithelfen und sich einbringen. Dies vermisse ich bei uns teilweise. Es war sehr interessant und lehrreich was wir in dieser Woche erlebt haben. Und es ist klar, man sieht sich wieder. Der nächste Wahlkampf kommt bestimmt, egal ob Ost oder West.

André Hegel



NIE WIEDER FASCHISMUS!

und die Bevölkerung bleibt zu Hause!

„Verordneter Antifaschismus“ – den gab es angeblich in der DDR. Auch das ist ein Versuch der „Sieger“ – uns unsere innere Verbundenheit, mit den antifaschistischen Idealen der DDR und dem ehrlichem Gedenken an die unzähligen Opfer des Faschismus abzusprechen. Aber: Wir hatten Lehren aus der Geschichte gezogen und konnten Ursachen und Zusammenhänge, die zum Erstarken des Faschismus bis hin zum Terrorregime und Völkermord an Juden, Sinti und Roma und anderen Ausgegrenzten bis zum Holocaust führten.

Wie sieht es heute aus? Scheinbar fehlt dieser Abschnitt der Geschichte im Leben der heutigen Generationen! Als 1996 der Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ und 2005 die UN den 27. Januar zum „Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“ (Wikipedia) ausriefen um damit die historische Tat der Roten Armee der Völker der Sowjetunion, die Be-

freiung des größten faschistischen Vernichtungslagers, Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945, würdigten – hätte da nicht spätestens die „Zivilgesellschaft“ dieses Gedenken auch beweisen müssen?

Wir erkennen erneut die Bereitschaft der Stadtverwaltungen Treuen und Lengenfeld sowie ihren Bürgermeistern an, dass sie nun seit vielen Jahren diesen Tag als Gedenktag in Treuen, am Grab der namenlosen jüdischen Frauen, gestalten. Ja, in Treuen ist es zur Tradition geworden, auch am Vorabend in einer lehr- und aufschlussreichen Veranstaltung in der Stadtbibliothek auf dieses Gedenken hinzuweisen. Der Abend mit Herrn Pöllmann (Lehrer am Gymnasium Markneukirchen und Heimatforscher) über die Vertreibung und Vernichtung der Juden, am Beispiel einer Treuener Familie, war sehr eindrucksvoll. Seit 1945 der Landrat festlegte, dass die auf dem Todesmarsch nach und in Weißensand im Februar elend krepiereten und verscharrten jüdischen Frauen auf dem

Friedhof Treuen bei zusetzen – steht hier, dieser Erinnerungsort. Die Ausführungen von Peter Giersich, als Sprecher der VVN-BdA Sachsen, aber auch des Lengenfelder Bürgermeisters, Herrn Bachmann und des Pfarrers wiesen den Bogen von der Nazi-Zeit bis zu den Abschottungsversuchen heute gegen Flüchtlinge und Schutzsuchende Menschen. Es war sehr beeindruckend, dass sich in diesem Jahr auch vier junge Männer aus Syrien, also einem Land, in dem es sehr viele Menschen muslimischen Glaubens gibt, mit einer Rose vor den getöteten jüdischen Frauen verneigten. Sie gehören zu den acht Asylsuchenden, die derzeit in Treuen wohnen. Aber – wo war die Zivilgesellschaft? Wo waren die Schuldirektoren mit ihren Lehrern und wo waren die Schüler? Wer die Erinnerung nicht schätzt, hat kaum die richtigen Voraussetzungen die Zukunft zu gestalten!

Peter Jattke



ZU GAST BEIM RUSSISCHEN GENERALKONSUL

VVN-BdA Vogtland

Seit einigen Jahren besteht ein stabiler Kontakt des Kreisverbandes Vogtland der VVN-BdA zum russischen Generalkonsulat in Leipzig. Dies spiegelt sich in der Teilnahme von Vertretern des Generalkonsulats zum „Tag der Befreiung“ in Reichenbach, wie auch in Einladungen an die VVN-BdA zu den Feierlichkeiten zum „Tag des Sieges“ oder zum Tag Russlands wider.

Anfang Februar (10.02.2016) nahmen der 1. Bürgermeister von Reichenbach, Thomas Höllrich, und der zweite Vorsitzende unseres Kreisverbandes am „Tag der Diplomatie“ im russischen

Generalkonsulat in Leipzig teil. In angeregten und freundschaftlichen Gesprächen mit verschiedenen Anwesenden, auch mit dem Generalkonsul, Wjatscheslaw Logutow, persönlich wurde auf die guten Erfahrungen bei den Gedenkfeiern zum Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus verwiesen und Ideen zur weiteren Entwicklung einer lebendigen Erinnerungskultur ausgetauscht.

Die VVN-BdA Vogtland strebt an, dass auch weiterhin Vertreter Russlands an unseren Veranstaltungen teilnehmen, was von W. Logutow zustimmend zur

Kenntnis genommen wurde. Herr Höllrich lud den Generalkonsul für die diesjährige Veranstaltung persönlich ein und wies darauf hin, dass in diesem Jahr die Veranstaltung zum 8. Mai im Zuge eines Schülerprojekts des Goethe-Gymnasiums von den Schülern selbst gestaltet und durchgeführt werden soll. Die Planungen dazu sind bereits weit fortgeschritten.

Peter Giersich

EIN "LINKER" ALS REICHENBACHER OB

Warum eigentlich nicht ?

Wenn gleich schon lange weit weg - im tiefen Oberland, Schöneck, zu Hause, fühle ich mich mit meiner alten Heimat noch immer innig verbunden, schaue auch regelmäßig vorbei in meinem vertrauten "Reingbach". Schon deshalb verfolge ich mit großem Interesse die anstehende Wahl zum neuen Oberbürgermeister. Nun hat er seinen "Hut in den Ring geworfen" - Thomas Höllrich. Der einst mein "Fast Nachbar" im Cunsdorfer Randgebiet war. Rechtsanwalt inzwischen - aktiv in vielfältiger Weise zum Vorteil der Stadt - denke ich doch auch an sein Engagement für die christliche Schule auf der Mylauer Burg. Und nicht zufällig hat man ihm das Vertrauen ausgesprochen bei seiner Wahl zum ehrenamtlichen stellv. Bürgermeister. Ein "LINKER" ausgerechnet als OB? Wie

soll das gehen? Das geht schon! Bodo Ramelow hat es bewiesen: Ausgerechnet ein "West - Import", der Katholik, ehemals Gewerkschaftsfunktionär, wurde zum Ministerpräsidenten des Landes Thüringen gewählt und bestätigt das in ihn gesetzte Vertrauen der Wähler. Sachsens Ministerpräsident Tillich übrigens - in DDR - Zeiten als stellv. Vorsitzender des Rates des Kreises Kamenz Stütze der Staatsmacht - musste nicht einmal die Partei (CDU) wechseln. Nur die Gesinnung. Mit dem Glauben ist das nun einmal so eine Sache. Das C im Parteinamen ist längst kein Nachweis für solches Verhalten, wie wir täglich erfahren müssen. ("Wo C drin steht")

Die politische Wirklichkeit lehrt uns etwas anderes. Ach ja: Bodo Ramelow

kam am 22.02. nach Reichenbach - als Auftaktleser zur ökumenischen Bibelwoche - als Auftaktleser seiner Lieblingsstelle aus der Bibel. Nun ist mir die Bibel, obgleich oder weil Atheist, kein Buch mit sieben Siegeln. Um so mehr reizt es mich zu wissen: Welche wohl ist seine "Lieblingsstelle"? Grund genug, meine alte Heimat wieder einmal zu besuchen. Gern auch dem OB-Kandidaten Thomas Höllrich meine Sympathie zu bekunden. Warum nicht nach all den Jahren Christdemokratie gleichermaßen mal etwas Neues? Lasst es uns doch zumindest versuchen. Links muß doch nicht schlecht sein - siehe Beispiel Thüringen!

In diesem Sinne - herzliche Grüße in meine Heimatstadt!

Jürgen Böhm

PROTESTE KÖNNEN ERFOLG HABEN!

Auf Anregung der Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV Sachsen beschloss das Sozialforum Göltzschtal bei seiner Veranstaltung im Dezember 2015 einen Protestbrief an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Kritisiert wurde die geplante Abschaffung der sogenannten temporären Bedarfsgemeinschaft, denn dies träfe Minderjährige hart, deren Eltern getrennt leben und ALG II beziehen. Der Elternteil, bei dem sich das Kind die meiste Zeit aufhält, soll nach Plan der Bundesregierung die volle Leistung für das Kind erhalten, der Umgangsberechtigten Elternteil hingegen nichts. Nur wenn das Kind in gleichem zeitlichen Umfang von beiden getrennten Partnern betreut wird, was wohl selten der Fall ist, bekämen beide Elternteile die Hälfte der Leistung für das Kind vom Jobcenter überwiesen.

Im Protestbrief haben wir gefordert, dem Elternteil, bei dem das Kind seinen Lebensmittelpunkt hat, die volle Regelleistung des Kindes zu gewähren und dem Elternteil mit Umgangsrecht einen Mehrbedarf für die Betreuung des Kindes zuzugestehen. Mit dieser Forderung haben wir uns der Forderung des DGB, des Vereins

alleinerziehender Mütter und Väter, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, des Juristenbundes und des Familiengerichtstages angeschlossen.

Die Anerkennung eines Mehrbedarfs für den Umgangsberechtigten und die Zahlung der Leistung im vollen Umfang für den Sorge berechtigten Partner könnte nicht nur Bürokratie abbauen, sondern würde auch die Eltern entlasten. Letzten Endes sind die Leidtragenden die Kinder.

Auf das Schreiben bekamen wir Antwort aus dem Büro von Andrea Nahles. Der Mitarbeiter schreibt:

„Zum Referentenentwurf des 9. SGB II-Änderungsgesetzes sind zahlreiche Stellungnahmen u.a. zum Umgangsrecht mit minderjährigen Kindern eingegangen. Diese Stellungnahmen werden z.Zt. durch die Bundesregierung geprüft. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen, so dass ich Ihnen zu ggf. möglichen Änderungen der Regelungen zum Umgangsrecht im Vergleich zum Referentenentwurf noch keine weiteren Auskünfte geben kann“

Im 86 seitigen Kabinettsentwurf zum SGB II-Änderungsgesetz vom 3.2.2016

ist der oben genannte Passus aber nicht mehr enthalten.

Für den Fall, dass in der derzeit laufenden Diskussion innerhalb der Bundesregierung die ursprünglich geforderte Passage nicht wieder aufgenommen wird, haben die protestierenden Sozialverbände, der DGB, der Juristenverband und auch das Sozialforum Göltzschtal wenigstens einen Teilerfolg erreicht: die Beibehaltung der aktuellen Gesetzeslage, bei der die Jobcenter die anteiligen Regelleistungen den Elternteilen überweisen müssen.

Sobald der Gesetzesentwurf in den Bundestag eingereicht ist, werden sich die Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV und das Sozialforum Göltzschtal mit weiteren Forderungen an die Bundestagsfraktionen wenden. Dann werden wir alle Leser des „Vogtlandboten“ um Unterstützung der Forderungen bitten!

Einzelproteste helfen kaum, massenhafte Forderungen können Erfolg haben!

Kathrin Kosche & Dr. Dorothea Wolff

NEIES VON DAR META

Ne Freitooch frieh um Zehne hott de Neideiteln iehr Falknstaaner Freindin, de Meta aagerufn un gefroocht „Woas machstn heit?“ Drauf de Meta; „Su e Saukält, do zieh iech Mittooch mein Altn sei Wattejack aa u geh ner moll e Runde ums Haus, dess mar e moll an Luft kimmt wenn de Tante Clara scheint. Un gibbs woas Neies bei eich?“ Will de Meta wissen.

„Her mar ner auf“, soocht de Neideiteln, „wenn mar unner Lokalblatt liest, kamm mar ner noch mit ne Kopf schiteln. Itze sei se im Landratsamt endlich drauf komme, dess es des Beste wär, dess Millionengrab mit denn großfressischn Name „Mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBS) Oelsnitz“ zu ze sperrn, oder ze varkaafen, denn wirtschaftlich is des net ze betreim, do kenne se machn woas se wolln.“

Un varkaafn? Iech kaa's Lachn net halt'n. Des unrentable Ding kaaft net emoll aaner, dennse als Kind ze viel mitn Nudelholz naufn Nischl gepucht hamm un der bleed worn is.“

„Iech woas schaa, maant de Neideitel. Do hamm se 2007 für 21 Mio € Kredit denn Mist gebaut, denn dar damalische „Müll-Gralshüter“ Fredo Georgi hott monatelang de Kreisrät belahrfart, bis se zugestimmt, obwohl schaa damals bekannt woar, dess der Vuuchtländische Müll fier en wirtschaftlichn Betrieb net ausreicht.“

Unner Roth Andrea war de aansche, die von Anfang aa dargeeng woar un vor denn Folgen gewarnt hott. Aber kaaner hott des ernst genomme un itze hamm se de Scheiße un wissen net, wie se ihre Schuldn los wern.

Mar kaa siech werklich ner noch wunnarn, soocht de Meta, Mir kenne uns aa kaa Kuh halt'n, wenss Futter von unnerer Wies ner fier zwee Karnickel reicht.

Dieter Riedler

Wir sagen Danke!

Danke allen Genossinnen und Genossen für die tollen Reaktionen auf unseren Brief zur Beitrags-erhöhung!

Kreisvorstand

Diese Märzausgabe wird nach dem 8. März erscheinen. Daher gratulieren wir nachträglich allen Frauen zum Frauentag. Unser Motto:

**Jeden Tag Frauentag!
Für Gleichberechtigung
überall!**

INTERESSANT?!

Die Zeitung LINKS kann ganz einfach auch digital aboniert werden. Das spart Geld beim Porto und schont die Umwelt. Dafür bekommt man die Zeitung mehrere Tage eher per Email zugeschickt.

Wer gern von Papier zu digital wechseln will oder sonst ein Anliegen hat zur Zeitung Links kann sich beim Kreisvorstand melden dieser ändert das dann für euch.

Öffentliche Telefonsprechzeiten der Parteivorsitzenden

Katja Kipping

18. April, 14.00 bis 15.00 Uhr

Bernd Riexinger

7. März, 14.00 bis 15.00 Uhr

9. Mai, 14.00 bis 15.00 Uhr

Bitte vorher unter
030-24009530 anmelden.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Irmgard Schröter	Plauen	16.03.
Anneliese Petzold	Lengenfeld	16.03.
Ruth Stephan	Plauen	20.03.
Sonja Müller	Rodewisch	20.03.
Peter Kallaucke	Treuen	20.03.
Sigrun Weigel	Klingenthal	21.03.
Klaus Schatz	Plauen	25.03.
Dora Löscher	Limbach	27.03.
Regina Pöhland	Klingenthal	30.03.
Waltraud Klarner	Oelsnitz	30.03.
Joachim Möckel	Auerbach	11.04.
Peter Giersich	Auerbach	12.04.
Werner Böttger	Plauen	13.04.
Gudrun Wagner	Plauen	13.04.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.02.2016, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 17.03.2016. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.